



öffentlich

Betreff:

Bessere Integration von Bundesbediensteten und verstärkte Anstrengungen für die Unterbringung von Geflüchteten

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion Mitten in Potsdam

DIE 29.03.2023
Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Bund, insbesondere mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BIMA, mit der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen BMWSB, Frau Klara Geywitz und dem Bundeskanzler und Bundestagsabgeordneten Herrn Olaf Scholz, zu führen mit Ziel, dass auf Grundstücken des Bundes in Potsdam-Babelsberg (Grundstück Kohlhasenbrücker Straße , ehemaliges Filmarchiv) dringend benötigte Unterkünfte und Wohnungen für Geflüchtete geschaffen werden.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt innerhalb der Gespräche mit dem Bund darauf hinzuwirken, dass in dem bereits in Umsetzung befindlichen Projekt der BIMA auf den Grundstücken Großbeerenstrasse / Jagdhausstrasse mindestens die Hälfte der für Bundesbedienstete errichteten Wohnungen nunmehr für die Belegung mit Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2023 über den Stand der Bemühungen zu informieren

gez. Dr. Klockow/Kirsch
Fraktionsvorsitzende/r

Dr. Scharfenberg/Jäkel

Dr. Niekisch

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach Auskunft der Verwaltung werden zusätzlich zu den bereits aufgenommen Geflüchteten in 2023 weitere 1500 Geflüchtete in Potsdam erwartet. Die Aufnahme der hilfesuchenden Menschen gestaltet sich angesichts des sehr angespannten Wohnungsmarktes als große Herausforderung für unsere Stadt.

Andererseits entwickelt derzeit ein wichtiger öffentlicher Akteur am Immobilienmarkt, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BIMA, eine größere Anzahl von Wohnungen für Bundesbedienstete. Nachdem für diese Grundstücke in der Jagdhausstraße bereits Baurecht besteht, kann hier zeitnah dringend benötigter Wohnraum vom Bund auch für Geflüchtete geschaffen werden. Vorstellbar ist dabei eine Bereitstellung von der Hälfte der geplanten Wohnungen für Geflüchtete.

Damit dadurch nicht zu wenig Wohnraum für Bundesbedienstete entsteht, soll auf dem Flurstück 79 an der Kohlhasenbrücker Straße zusätzlicher Wohnraum – beispielsweise analog der Bebauung in der Steinstraße 136-150 – errichtet werden und auch dieser nach gleichem Schema vergeben werden. Auf dem Grundstück könnten gemäß beigefügtem Entwurf für das Grundstück Filmarchiv zusätzlich 192 Wohnungen entstehen. Dadurch kann schnell zusätzlicher Wohnraum für Bundesbedienstete sowie für Geflüchtete geschaffen werden.

Mit diesen vorgeschlagenen Aufträgen an den Oberbürgermeister wird deutlich, dass die derzeitige Notsituation nicht nur eine kommunale Aufgabe sein kann. Zudem wird mit der damit angestrebten sozialen Durchmischung über den akuten Bedarf hinaus auch eine schnellere Integration der Bundesbediensteten in die Lebenswirklichkeit gewährleistet.

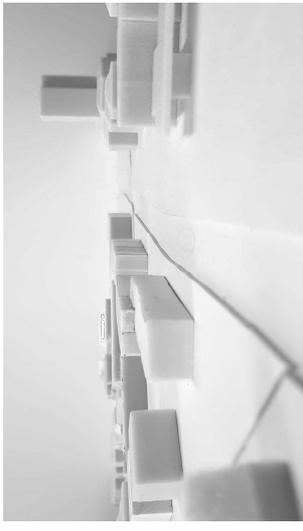
Der Vorlage sind 2 Anlagen beigefügt:
Anlage 1 – Plan Kohlhasenbrücker Straße
Anlage 2 - GZD Lagepläne



KOHLHASENBRÜCKER STRASSE
GEMARKUNG BABELSBERG,
FLUR 5, FLURSTÜCK 79



Modellfoto Aufsicht



Modellfoto Blick aus der Großbeerstraße in Richtung Westen

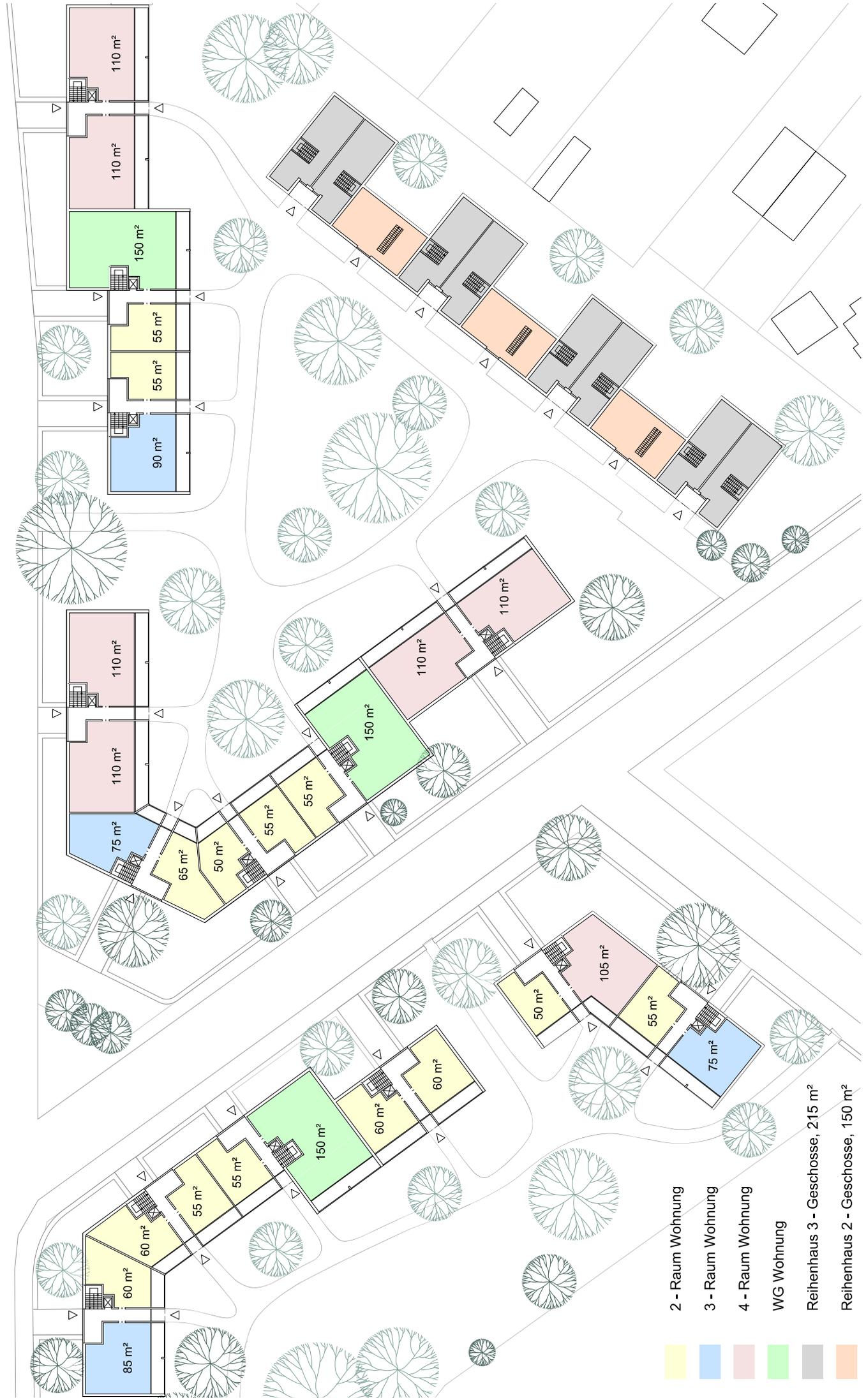


Modellfoto Blick aus der Jagdhausstraße in Richtung Norden

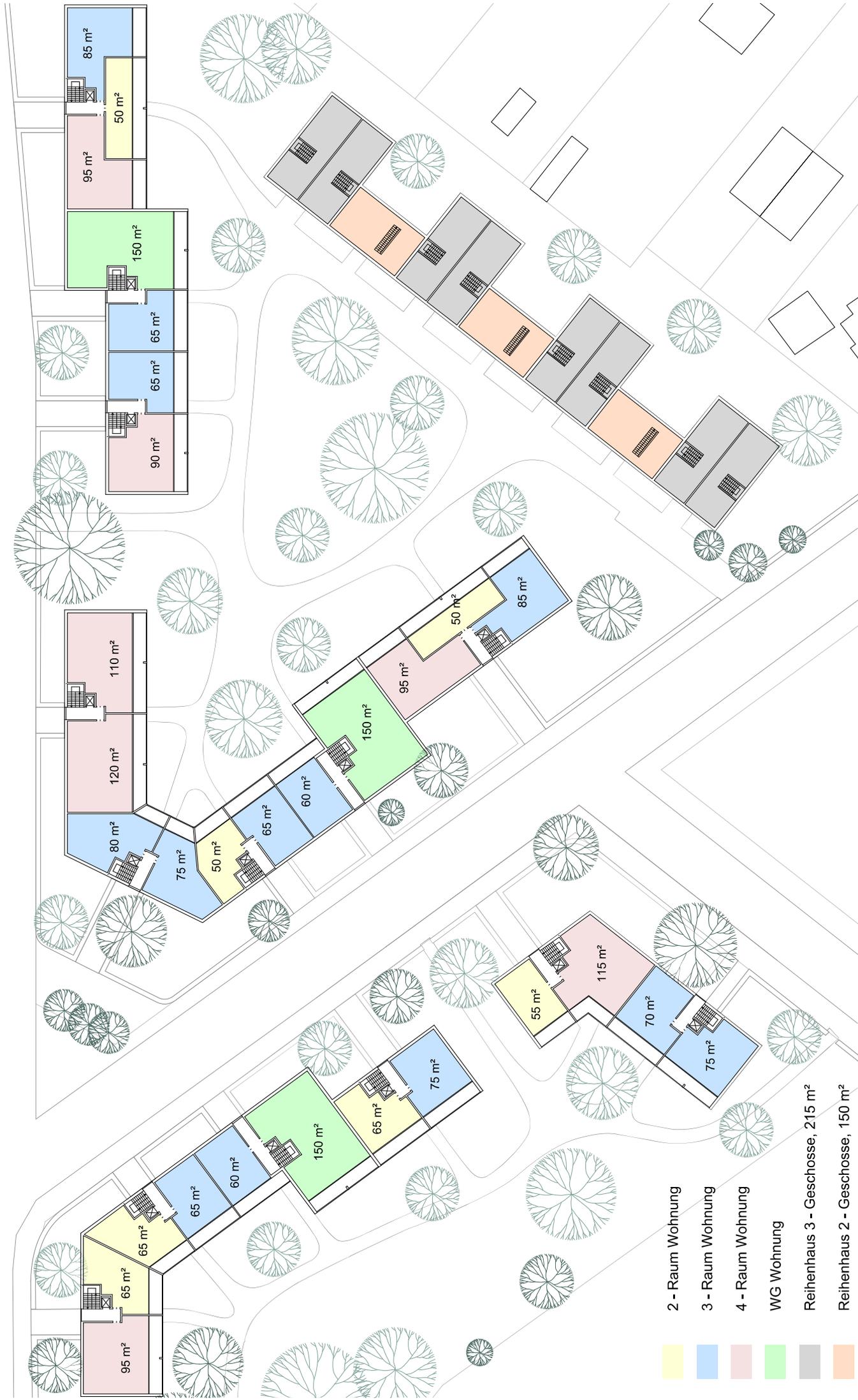


Modellfoto Blick aus der Steinstraße in Richtung Süden

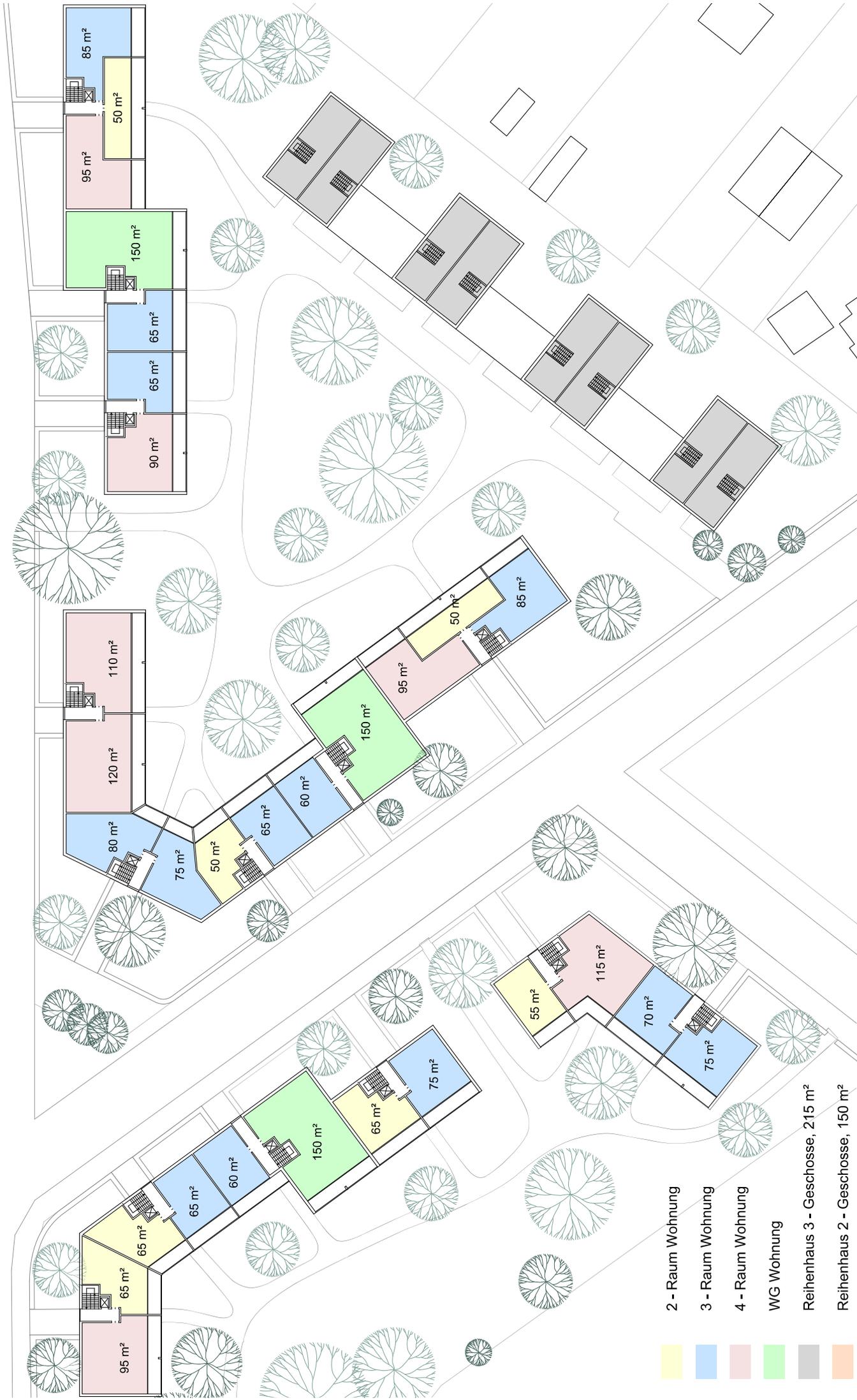




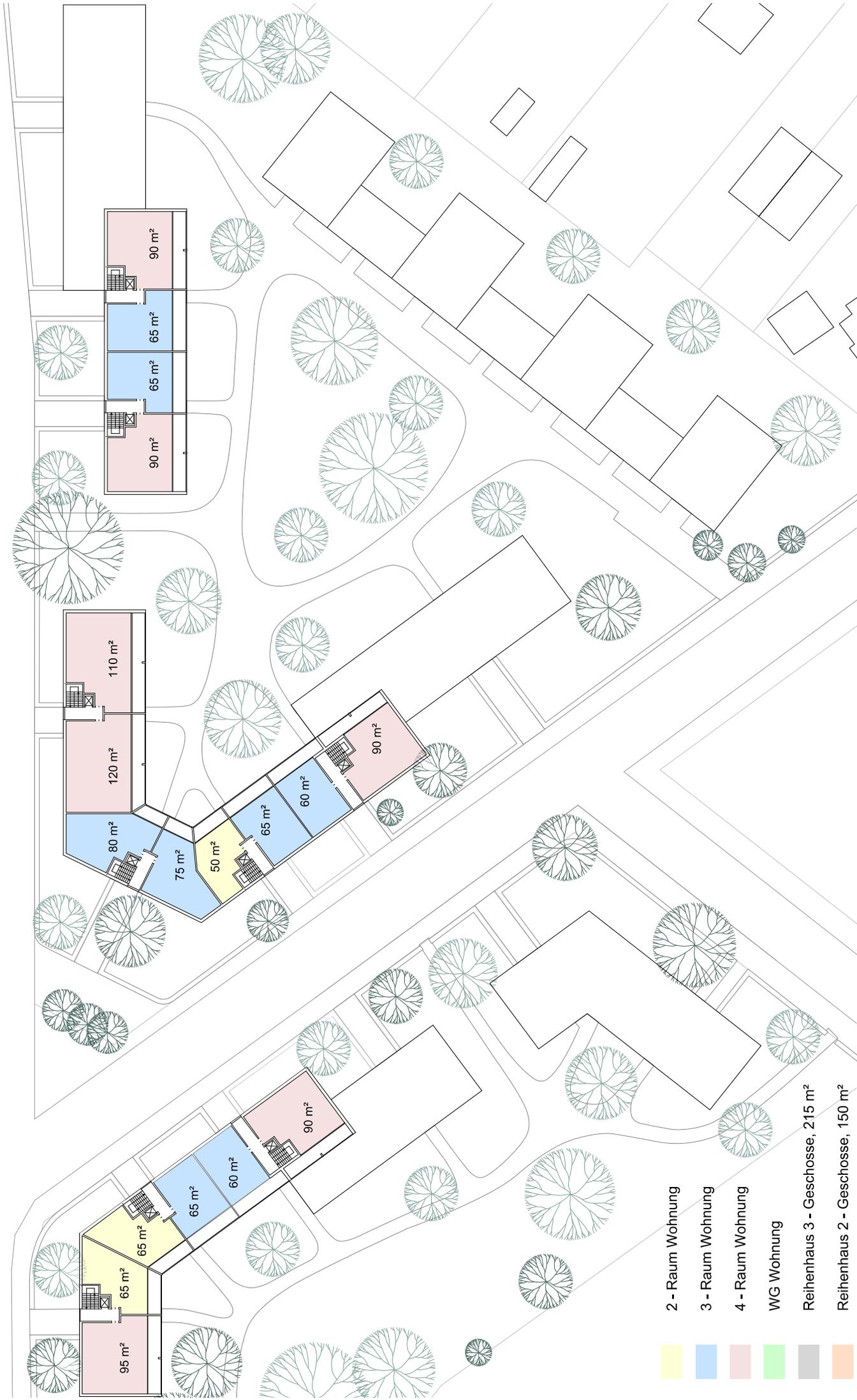
- 2 - Raum Wohnung
- 3 - Raum Wohnung
- 4 - Raum Wohnung
- WG Wohnung
- Reihenhaus 3 - Geschosse, 215 m²
- Reihenhaus 2 - Geschosse, 150 m²

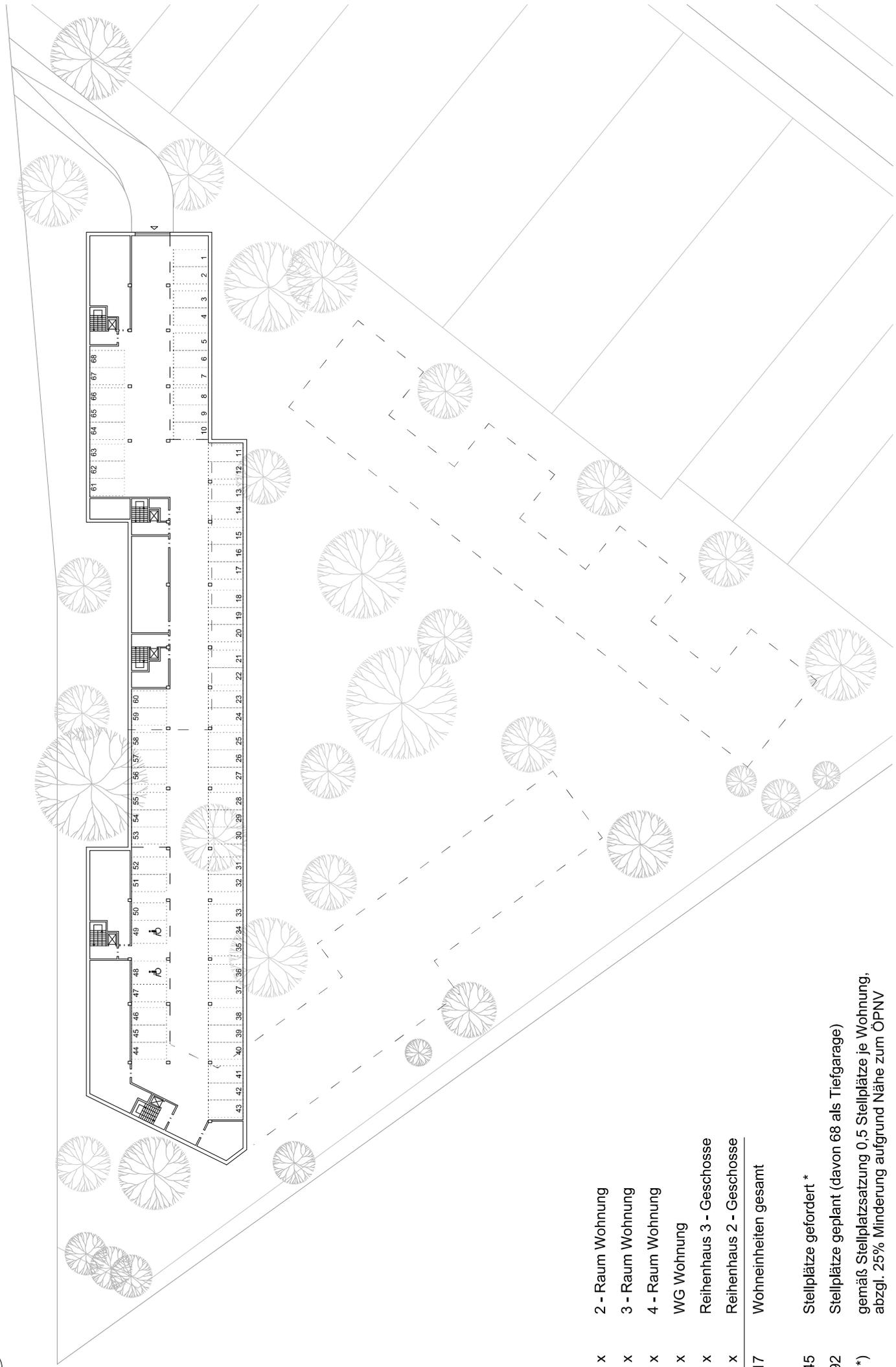


- 2 - Raum Wohnung
- 3 - Raum Wohnung
- 4 - Raum Wohnung
- WG Wohnung
- Reihenhaus 3 - Geschosse, 215 m²
- Reihenhaus 2 - Geschosse, 150 m²



- 2 - Raum Wohnung
- 3 - Raum Wohnung
- 4 - Raum Wohnung
- WG Wohnung
- Reihenhaus 3 - Geschosse, 215 m²
- Reihenhaus 2 - Geschosse, 150 m²





31 x	2 - Raum Wohnung
38 x	3 - Raum Wohnung
28 x	4 - Raum Wohnung
9 x	WG Wohnung
8 x	Reihenhaus 3 - Geschosse
3 x	Reihenhaus 2 - Geschosse
117	Wohneinheiten gesamt

45 Stellplätze gefordert *

92 Stellplätze geplant (davon 68 als Tiefgarage)

*) gemäß Stellplatzsatzung 0.5 Stellplätze je Wohnung, abzgl. 25% Minderung aufgrund Nähe zum ÖPNV



BAUM, BESTAND
BAUM, PLANUNG

24 PARKPLÄTZE

HECKE

FAHRRÄDER

STRÄUCHER

TERRASSE

PRIVAT

HALBÖFFENTLICH

SPIEL

SPIEL

MÜLL

HALBÖFFENTLICH



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Bessere Integration von Bundesbediensteten und verstärkte Anstrengungen für die Unterbringung von Geflüchteten

Drucksache Nr.: 23/SVV/0323**TOP:****Stellungnahme der Verwaltung****1. Rechtliche Einschätzung**

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Der Antrag selbst hat keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam (LHP). Sofern sich im Ergebnis der Gespräche Grundstücksgeschäfte (z. B. Ankäufe) ergeben, wäre eine Beschlussfassung der zuständigen Gremien erforderlich. Im Entwurf zum Doppelhaushalt 2023/2024 sind im Produkt 1119901.7821000 unter der Investitionsnummer 1016000120001 finanzielle Mittel für Grundstücksankäufe vorgesehen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Zur zeitlichen Umsetzbarkeit kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden.

Angesichts der umfangreichen und sehr aufwendigen Terminkoordination mit den genannten Akteuren wird die geforderte Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung erst Ende des 3. Quartals möglich.

4. Inhaltliche Einordnung

Die LHP steht in regelmäßigem Kontakt und Austausch mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu Grundstücksangelegenheiten. In der Vergangenheit wurden bereits Grundstücke für soziale Infrastruktur von der BImA erworben. Hier steht die LHP jedoch in Abhängigkeit von den Möglichkeiten der BImA. Über die rechtlichen Möglichkeiten zur Umsetzung des Anliegens des Antrages sowie über die Erfolgsaussichten der Gespräche kann derzeit keine Prognose abgegeben werden.

